

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2182

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2182



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

Toxic waste in Repparfjord?

Credit Suisse: Stop banking against the Sami!

August 2019

Die Situation – ein Überblick

Das Projekt

Der Repparfjord ist ein kleiner Fjord in der Gemeinde Kvalsund im Westen der Finnmark (deutsch: «Feld der Sami»), dem nördlichsten und östlichsten Teil Norwegens. Finnmark ist mit einer Grösse von rund 48 000 km² grösser als die Schweiz. Fast die Hälfte aller norwegischen Sami leben in diesem Gebiet. Nun plant die Bergwerksgesellschaft «Nussir ASA» am Repparfjord den Betrieb von zwei Kupferminen in den Bergen Nussir und Gumpenjunni.

Die Kupferreserven in den beiden Bergen Nussir und Gumpenjunni werden von Nussir ASA auf etwa 74 Millionen Tonnen geschätzt, davon sollen sich etwa 66 Millionen Tonnen in Nussir befinden.¹ Nussir ASA plant in den nächsten 15 Jahren, jährlich ca. zwei Millionen Tonnen Erz abzubauen.² Zusätzlich hofft die Firma, auch Gold und Silber zu finden.³ Das Kupfer soll von den Minen in ein Aufbereitungswerk am Fjord gebracht werden, wo etwa drei Prozent des Erzes direkt raffiniert werden und das Konzentrat in ein Schmelzwerk im Ausland verschifft wird. Die restlichen 97 Prozent des Erzes und die Restmasse, insgesamt bis zwei Millionen Tonnen im Jahr sollen im Repparfjord gelagert werden. Davon besteht ein Grossteil aus feingemahltem Schwebestaub und Nanopartikeln.⁴

Gemäss Recherchen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hält die Credit Suisse (CS) als Nominee Shareholder für unbekannte Kunden 20.6 Prozent der Aktien an Nussir ASA. Somit verwaltet die CS hinter der norwegischen Firma Monial AS den zweitgrössten Aktienanteil an der Firma. Weitere Investoren sind Baker Steel Resource, Hai Invest, Antaeus AS, ein weiterer unbekannter Aktionär, AJ Holding AS, Kompetanse-Invest AS, Hallgeir Øyen und Bakke Consulting AS.⁵

Kritik und Proteste

Aus Sicht von Sami-Gemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gefährdet die geplante Kupfermine die Umwelt, verletzt die Rechte der Sami-Gemeinschaften und beeinträchtigt ihren Lebensunterhalt.

Die Umweltorganisation Naturvernforbundet (Friends of the Earth Norway), das Sami-Parlament und betroffene Rentierzüchter haben im März 2019 gegen die Erteilung der Betriebslizenz Klage eingereicht. Denn die Erteilung der Lizenz am 14. Februar 2019 verletzt in ihren Augen die Rechte der Sami, die das Gebiet nutzen (Art. 27 UNO-Pakt II, Art. 5 lit. d Ziff. 5 CERD, Art. 14 und 15 ILO-Konvention 169 und Art. 22 des Rentiergesetzes (Reindriftsloven) sowie §1, 2, 6, 17 und 43 des norwegischen Gesetzes über den Bergbau (Mineralloven). Das Gerichtsurteil ist noch hängig.

Die Fischerorganisation, der norwegische Jagd- und Fischerverein und der norwegische Landesverband der Rentierzüchter (Norske Reindriftsamers Landsforbund) organisierten Proteste. Auch die Jugendorganisation Natur og Ungdom (Young Friends of the Earth) schloss sich dem Protest mit Aktionen an.⁶ Die Transnationale NGO «Saami Council» sowie die bekannten Sängerinnen und Sami-Aktivistinnen Mari Boine und Ella Marie Hætta Isaksen haben sich ebenfalls gegen das Projekt ausgesprochen und geben dem Projekt internationale Aufmerksamkeit.⁷

1 Schätzung der Menge in Nussir: http://www.nussir.no/en_projec_nussir.php. Schätzung der Menge in Gumpenjunni: http://www.nussir.no/en_projec_ulvery.php

2 Atle Staalesen, Government gives thumbs up for mining company, will be allowed to dump wastes in Arctic fjord, The Barents Observer, 2016: <https://thebarentsobserver.com/en/ecology-industry-and-energy/2016/12/government-gives-thumbs-mining-company-will-be-allowed-dump>

3 Webseite von Nussir ASA: http://www.nussir.no/en_projec_nussir.php

4 Naturvernforbundet: Fact Sheet Deutsch, Schützt Nussir vor Nussir!, S. 1

5 Webseite von Nussir ASA: http://www.nussir.no/en_invest_sharec.php

6 Naturvernforbundet: Schützt Nussir vor Nussir!, S. 4; <https://nu.no/saker/gruver/2018/09/regjeringa-ma-forhindre-ny-alta-sak/> und <https://nu.no/saker/gruver/2018/12/roe-isaksen-ma-stoppe-gravedumping-i-repparfjord/>

7 <https://www.newsinenglish.no/2019/02/18/finnmark-mining-protests-underway/>

Im Rahmen der Kampagne «Toxic Waste in Repparfjord? Credit Suisse: Stop banking against the Sami!» fordern die betroffenen Sami-Gemeinschaften, das Sami-Parlament und die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Credit Suisse auf, auf ihre Dienstleistung als Nominee Shareholder im Fall Nussir ASA zu verzichten. Zusätzlich sollen sich alle beteiligten Akteure dem «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC) verpflichten, einem völkerrechtlichen Ansatz zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts indigener Gemeinschaften.⁸

Rechtliche Situation der Sami in Norwegen

Heute sind die Lebensweise, Sprache und Kultur der Sami in der norwegischen Verfassung und durch mehrere internationale Abkommen und Konventionen geschützt. Zum Beispiel ist die Rentierzucht ausschliesslich den Sami vorbehalten.⁹ Gestützt auf das Sami-Gesetz von 1987 wurde ein «Sameting» (ein Sami-Parlament) gegründet, welches die parlamentarische Vertretung der Sami repräsentiert und die Aufgabe hat, die in der Verfassung verbriefte Stellung der Sami, ihre Kultur und ihre Sprache zu wahren und zu vertreten. Norwegen hat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ratifiziert und Art. 92 des Grunloven (norwegisches Grundrecht) garantiert den Schutz der Menschenrechte. Auch das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) und die UNO-Pakte hat Norwegen anerkannt. Norwegen hat auch als einziges Land in Skandinavien die ILO-Konvention 169 zu den Rechten von Indigenen ratifiziert.

Mit dem Finnmarksgesetz von 2005 (Finnmarkslov) anerkennt der norwegische Staat, dass Finnmark rechtlich doch nicht ganz dem Staat gehört. Die sogenannte Finnmarkskommission ist damit beauftragt, die Land- und Wasserrechte in Finnmark zu regulieren. Sie ist paritätisch zusammengesetzt und besteht aus je drei Mitgliedern des Sami-Parlaments und des Bezirksrats. Die Sami kritisieren, dass im Fall Nussir die Weisungen der Finnmarkskommission ignoriert wurden.¹⁰ Insgesamt wurden beim geplanten Projekt die wirtschaftlichen Interessen gegen die Interessen der Sami abgewogen und als wichtiger erachtet.

Zahlen und Fakten



Gemäss Schätzungen leben in Norwegen **40 000 bis 70 000 Sami**, die einzige anerkannte indigene Bevölkerung Europas



Heute sind nur noch etwa **10 Prozent aller Sami** in der Rentierzucht tätig.



Bis zu **zwei Millionen Tonnen** Restmasse aus dem Bergbau sollen pro Jahr in den Repparfjord geschüttet werden



Rund **8 000 Rentiere** durchqueren jedes Jahr das Gebiet um den Repparfjord



Die **Credit Suisse** verwaltet für unbekannte Kunden einen Anteil von **20.6 Prozent** an Nussir ASA

⁸ Der Free, Prior and Informed Consent (FPIC) ist ein besonderes Zustimmungsrecht für Indigene und basiert auf der Erklärung der Rechte der Indigenen Völker der UNO. Gemäss dem «Permanent Forum on Indigenous Issues» der UNO definiert sich der Prozess des FPIC folgendermassen: «Free» bedeutet, dass keine Manipulation oder Zwang gegenüber betroffenen indigenen Gemeinschaften ausgeübt und der Prozess von den Beteiligten selbstbestimmt durchgeführt wird. «Prior» bedeutet, dass eine Zustimmung oder Einigung mit den betroffenen indigenen Gemeinschaften im Voraus gesucht wird, also bevor das Projekt begonnen oder die Bewilligung dafür erteilt wird. Ebenso muss genügend Zeit für den Konsultationsprozess einberechnet werden. «Informed» bedeutet, dass die relevanten indigenen Gemeinschaften genügend Informationen über die Rahmenbedingungen des Projektes erhalten (Grösse, Dauer, etc.). Indigene Gemeinschaften sollen ebenfalls Zugang zu der primären Berichterstattung bezüglich den Auswirkungen des Projekts auf Wirtschaft, Kultur und Umwelt erhalten. Ebenso sind diese Informationen in einer Sprache verfasst, die von den indigenen Gemeinschaften verstanden wird. «Consent» bedeutet das Suchen einer Einigung in bester Absicht und basiert vor allem auf vollständiger Partizipation und Konsultation der betroffenen indigenen Gemeinschaften

⁹ Lov om reindrift (Gesetz über die Rentierzucht) vom 15. Juni 2007, §9 i.V.m. §32, https://lovdata.no/dokument/NL/lov/2007-06-15-40#KAPITTEL_2

¹⁰ Naturvernforbundet: Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2

Rolle der Credit Suisse

Gemäss den Recherchen der GfbV hält die Credit Suisse in der Funktion als Nominee Shareholder die Anteile von 20.6 Prozent an Nussir ASA für einen oder mehrere unbekannte Kunden. Aus Sicht der Credit Suisse ist die Bank in dieser Funktion nicht verantwortlich für allfällige negative Auswirkungen, die das Projekt haben könnte. In einer schriftlichen Stellungnahme an die GfbV und weitere NGOs hält die Bank fest, sie hätte auf die Anlageentscheidungen ihrer Kunden keinen Einfluss, solange diese nicht gegen geltendes Recht oder Vorschriften verstossen.

Die Credit Suisse schliesst in ihren internen Policies die direkte Finanzierung von Minen explizit aus, welche ihre Abfälle in Meerdeponien in flachen Gewässern lagern.¹¹ Die GfbV kann nicht nachvollziehen, warum diese Richtlinie im Aktiengeschäft keine Anwendung findet.

Interessanterweise ist die Credit Suisse nicht die erste Schweizer Bank, die für diesen Kunden Anteile an Nussir ASA hält. Bis 2015 war die UBS als Nominee für die Anteile zuständig.¹² 2016 wechselte der Kunde zu Credit Suisse.¹³ Warum dieser Wechsel erfolgte, ist nicht bekannt. Auf Druck des Sami-Parlaments und weiteren NGOs hat sich Citibank dazu entschieden, in Zukunft keine direkte Projektfinanzierung zu unterstützen, die den Betrieb von Meerdeponien zur Folge hat.¹⁴

Die fehlende Transparenz über die Identität der Investoren, für welche die CS das Aktienpaket verwaltet, empört das Sami-Parlament. In Norwegen gilt ein Gesetz, wonach ein Investor öffentlich gemacht werden muss, wenn er einen Anteil von über 25 Prozent an einer Firma hält. Die Kunden der Credit Suisse halten 20.6 Prozent an der Nussir ASA.

Auswirkungen der geplanten Kupfermine

Auswirkungen auf den Fjord

Der Repparfjord ist ein «nationaler Lachsfluss» und der Repparfjordfluss ist ein «Nationaler Lachsfluss», was bedeutet, dass Fjord und Fluss besonders geschützt werden sollten, um den atlantischen Wildlachsbestand zu erhalten. Dies steht in starkem Kontrast zum geplanten Projekt. Gerade auch, weil gemäss Aussagen der betroffenen Sami in den letzten Jahren die Fischerei in Kvalsund wieder eine wichtigere Einnahmequelle geworden ist.¹⁵

Während dem Betrieb der Mine im Gumpenjunni zwischen 1972 und 1978 wurden rund drei Millionen Tonnen Restmasse im Fjord entsorgt.¹⁶ Der Lachsbestand wurde dadurch massiv reduziert. Laut dem Naturvernforbundet wurde auch das Laichgebiet des lokalen Küstendorsches zerstört und die Qualität des Dorsches so stark verschlechtert, dass man ihn nicht mehr verkaufen konnte.¹⁷

11 Summary of Credit Suisse's Sector Policies and Guidelines, S. 4

12 Jahresbericht von Nussir ASA von 2015: http://www.nussir.no/financia_l_reports/2015%20-%20aarsberetning.pdf

13 Jahresbericht von Nussir ASA von 2016: http://www.nussir.no/financia_l_reports/2016%20-%20aarsberetning.pdf

14 <https://earthworks.org/media-releases/citigroup-commits-to-ditch-ocean-mine-waste-dumping/>

15 Anders Vieth Rør: Mining or traditional use? Conflicts in the Northern Norwegian copper frontier, 2018, S. 61

16 Naturvernforbundet: Fact Sheet Deutsch, Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2 f

17 Naturvernforbundet: Fact Sheet Deutsch, Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2

Im Laufe der Jahre hat sich der Fischbestand im Repparfjord erholt und der lokale Küstendorsch hat sein Laichgebiet verlegt. Dieses neue Laichgebiet wird durch die Restmassenentsorgung aus der Grube von Nussir aber wieder betroffen sein.¹⁸ Auch der Lachs hat sich nach 13 Jahren erholt.¹⁹ Lokale Fischer sagen aber, dass sie bis heute deformierte Fische aus dem Wasser ziehen.²⁰ Nussir ASA plant nach Beendigung des Minenbaus jährlich zwei Millionen Tonnen Restmasse in einer Tiefe von 50 bis 90 Metern zu entsorgen.²¹

Die betroffenen Menschen befürchten, dass die Restmasse das Leben in einem grossen Teil des Fjordes auslöschen wird und sich die feingemahlene Masse über grosse Gebiete in und ausserhalb des Fjordes verteilen werden. Zwar soll die Restmasse theoretisch auf dem Grund des Fjords lagern, doch dort soll es relativ starke Strömungen geben, welche die Restmasse aufwirbeln könnten.²² Auch wird durch die Meerdeponie die Fauna auf dem Meeresgrund zerstört, was weniger Nahrung für die Fische bedeutet. Die Restmasse enthält Chemikalien vom Aufbereitungsprozess und giftige Schwermetalle wie Nickel, Kupfer und Chrom.²³ Es gibt so gut wie kein Wissen darüber, wie sich diese Chemikalien und die Schwermetalle im Wasser verteilen und wie deren Auswirkung auf das Ökosystem ist. Das Projekt betrifft nicht nur den Fjord, sondern auch die angrenzenden Küstenstreifen und das empfindliche Ökosystem in der Barentssee.²⁴

Auch Fachstellen wie das Norwegian Institute of Marine Research, welches das Norwegische Handels-, Industrie- und Fischereiministerium berät, haben sich gegen das Projekt ausgesprochen. Die Gemeinde Kvalsund hat zwar von diesen Bedenken gewusst, sich aber trotzdem für den Bebauungsplan und somit den Betrieb der Mine entschieden. Mit der Erteilung der Betriebslizenz durch das Handels- und Fischereidepartement steht dem Projekt nun kaum etwas im Weg.

Auswirkungen auf die Rentierzüchtenden Sami

Rentiere brauchen viel Platz, denn sie werden in der traditionellen Rentierzucht halbwild gehalten und ziehen meistens von selbst von Weide zu Weide. Je nach Jahreszeit haben sie andere Nahrungsbedürfnisse und passen sich entsprechend mit ihrer Weidewahl an.²⁵ Auch muss je nach Wetterlage ein anderer Weideort aufgesucht werden.

Um von der Rentierzucht leben zu können, muss jeder Züchter über eine ausreichend grosse Rentierherde verfügen. Fehlt das Land, muss er die Herde verkleinern und die Einkünfte sinken entsprechend. Dies führt dazu, dass die Rentierzüchter ihrer Tätigkeit nicht mehr nachgehen können. Schon Klimawandel, Besiedlung und frühere Industrie-Projekte haben die Weidegebiete der Sami erheblich verkleinert und so die Rentierzucht erschwert.

Jährlich durchqueren rund 8 000 Rentiere das Gebiet rund um den Repparfjord. Das Gebiet ist sowohl eine beliebte Gegend um zu weiden und zu kalben, als auch ein wichtiger Durchgangsort zu angrenzenden Weidegebieten.²⁶ Rentiere sind sehr scheu und gerade die weiblichen Rentiere, die das Gebiet während der Kalbungszeit nutzen, sind anfällig für Fehlgeburten, wenn sie sich gestört fühlen. Es kann auch vorkommen, dass die Rentierweibchen ihre Kälber im Stich lassen, wenn sie sich bedroht fühlen.

Die Rentierzüchtergruppe Fiettar, deren Tiere die Gegend um Nussir und Gumpenjunni als Weideort und Kalbungsgebiet nutzen, ist am stärksten vom Projekt betroffen.

18 Naturvernforbundet: Fact Sheet Deutsch, Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2

19 <https://orf.at/stories/3111661/>

20 NUSSIR - Drømmen om Finnmark, Dokumentarfilm von Harald Einarsson, 2013, ab Minute 20:20.: <https://vimeo.com/59822118>

21 Webseite von Nussir ASA: <http://www.nussir.no/index.php> und <http://www.nussir.no/environmental-pub/zoning/tilleggsnotater/Nussir%20ASA%202012-03-27%20Dybdere%20i%20deponiomraadet.pdf>

22 NUSSIR - Drømmen om Finnmark, Dokumentarfilm von Harald Einarsson, 2013, ab Minute 20:00.: <https://vimeo.com/59822118>

23 <https://theecologist.org/2014/nov/28/acute-toxic-mine-waste-threatens-death-norways-fjords>

24 Naturvernforbundet: Schützt Nussir vor Nussir!, S. 3

25 Jernsletten Johnny-Leo L., Klokov Konstantin: Sustainable Reindeer Husbandry, Summary Reports, 2002, S. 17f., http://www.reindeer-husbandry.uit.no/online/Final_Report/final_report.pdf

26 <https://www.mining-technology.com/features/inside-norways-new-arctic-mine/>

Zwar hat das Handels- und Fischereidepartement mit der Betriebslizenz am 14. Februar 2019 auch Massnahmen²⁷ zur Verminderung der negativen Auswirkungen des Minenbetriebs veröffentlicht. So soll die Mine, die das Gumpenjunni-Vorkommen betrifft, während der besonders wichtigen Kalbungsphase (1. Mai bis 15. Juni) nicht betrieben werden. Diese Massnahmen sind jedoch für die betroffenen Sami eine Scheinlösung. Die Sami befürchten, dass Infrastruktur (etwa Ventilation und Wasserzufuhr) und die zunehmende Aktivität auf den Zufahrtsstrassen die Weibchen grundsätzlich abschreckt. Die Erfahrungen mit dem Bergbau im Gumpenjunni in den 1970er Jahren haben deutlich gezeigt, dass Kalbungsgebiete durch den Betrieb verloren gehen und die Rentiere durch die Staubbelastung krank werden.²⁸

Die Rentierhirten hätten zudem einen grösseren Arbeitsaufwand und Mehrkosten, beispielsweise, weil sie für ihre Herden Nahrung kaufen oder die Rentiere mit Lastwagen und Booten transportieren müssten. Zudem kann das Land, das durch das Projekt verloren geht, nicht ersetzt werden. Der Verlust von Weideflächen kann es nötig machen, die Herden zu verkleinern, was die Züchterfamilien möglicherweise sogar zur Aufgabe ihrer Lebensweise zwingen könnte.

Interessant ist die Tatsache, dass im gleichen Gebiet eine Windkraftanlage geplant war. Das Projekt kam aber nicht zustande, weil in der Umweltverträglichkeitsprüfung des norwegischen Wasser- und Energie-Direktorats (NVE) erkannt wurde, dass die Rentierzucht zu sehr unter dem Projekt leiden würde.²⁹ Es ist schwer nachvollziehbar, dass ein Bergbauprojekt weniger schädlich für die Rentierzucht sein soll.

Heute gehen nur noch etwa 10 Prozent aller Sami der Rentierzucht nach. Dennoch verkörpert die Rentierhaltung für die Mehrheit noch immer eine gemeinsame, transnationale Kultur.³⁰ Von Generation zu Generation überliefert, hat sich der Umgang mit den Rentieren in unzähligen Ausdrücken der Sprache niedergeschlagen und ist damit zu einem bedeutenden Träger von Selbstverständnis und Identität geworden.

27 <https://www.regjeringen.no/globalassets/departementene/nfd/dokumenter/liste-over-avbotende-tiltak.pdf>

28 Naturvernforbundet: Fact Sheet Deutsch, Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2

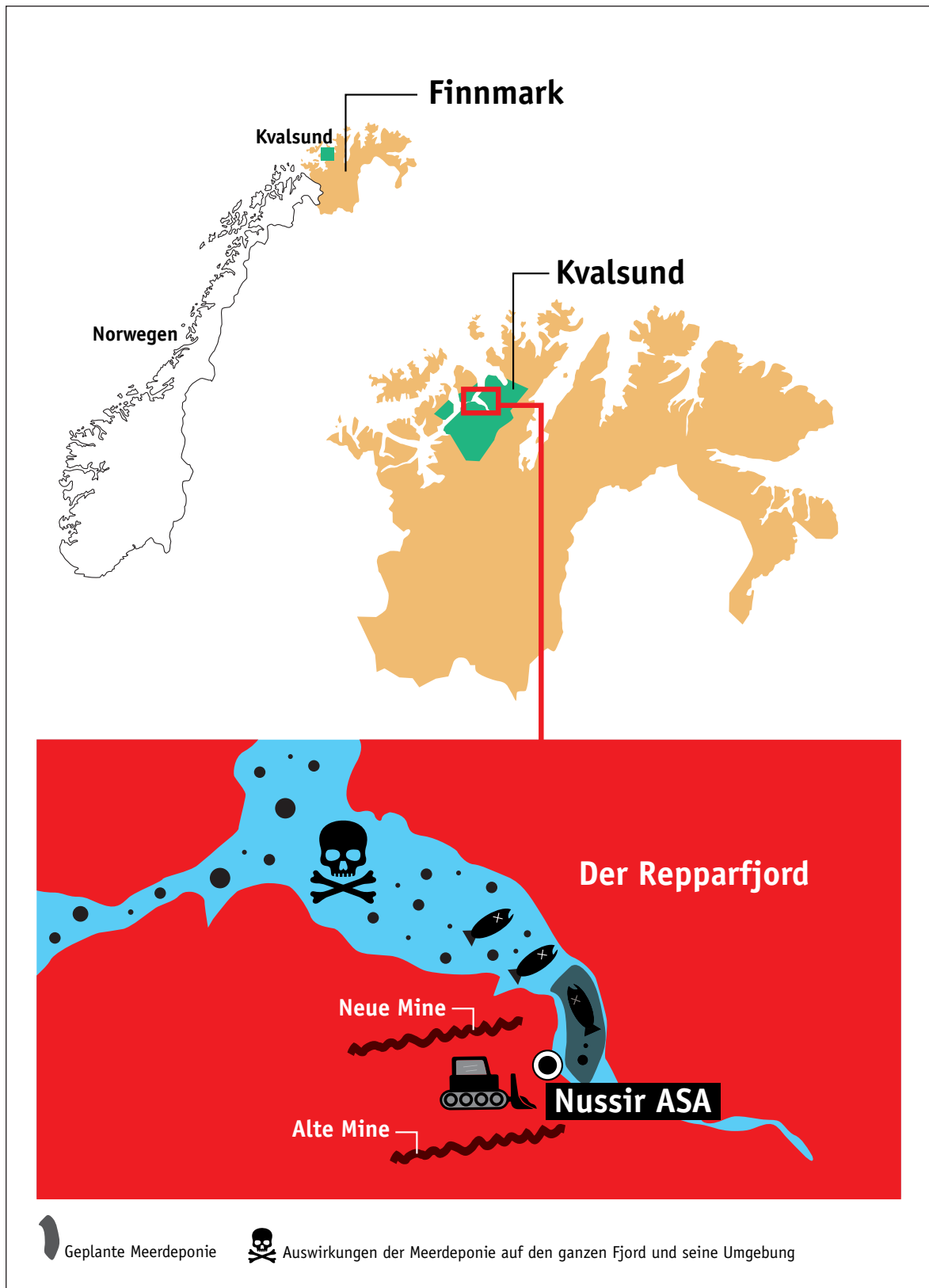
29 Klage des Sami-Parlaments gegen die Erteilung der Betriebslizenz, S. 6 f.:

<https://naturvernforbundet.no/getfile.php/13140899-1552371746/Fylkeslag%20-%20Finmark/Finnmarks%20filarkiv/Klage%20p%C3%A5%20vedtak%20om%20driftskonsesjon%20til%20gruvedrift%20i%20Nussir%20og%20Gumpenjunni.pdf>

30 Jernsletten Johnny-Leo L., Konstantin Klovov: Sustainable Reindeer Husbandry, Summary Reports, 2002, S. 91,

http://www.reindeer-husbandry.uit.no/online/Final_Report/final_report.pdf

Lage der geplanten Kupfermine im Repparfjord



Fehlendes Mitspracherecht und mangelhafte Konsultationen der betroffenen Sami-Gemeinschaften

Die Landrechte der Sami sind durch Art. 14 und Art. 15 der ILO-Konvention 169 und Art. 5 lit. d Ziff. 5 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1 des internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung geschützt. Laut diesen Artikeln sind die Rechte indigener Völker auf ihr Land zu respektieren und sie müssen bei Entscheidungen über die Verwaltung des Landes und seiner Ressourcen konsultiert werden. Weiter besagt auch die Verordnung über die Gewinnung und Nutzung von Mineralressourcen «Mineral-loven»³¹, dass alle betroffenen Personen ausreichend konsultiert werden müssen, dass das Sami-Parlament wenn nötig miteinbezogen werden muss (§17) und dass das Gesetz (§6) selbst unter Einbezug von Indigenenrechten interpretiert werden soll.

Konsultation der betroffenen Sami durch Nussir ASA

Laut dem CEO von Nussir ASA, Øystein Rushfeldt, wurden seit 2009 Gespräche mit der Gemeinde Kvalsund und betroffenen Sami-Gemeinschaften gesucht und die Öffentlichkeit sei eingeladen worden, sich am Prozess zu beteiligen.³²

Die Rentierzüchtergruppe Fiettar erwidert jedoch, dass Nussir ASA sie erst konsultiert habe, als es den Bebauungsplan schon gab und die Gruppe dagegen Beschwerde eingereicht hatte. Als der Bebauungsplan von der Gemeinde Kvalsund trotz Einwänden der rentierzüchtenden Sami genehmigt wurde, war eine Auflage, dass Nussir ASA mit den Rentierzüchtergruppen zusammenarbeiten und mit ihnen entschädigende Massnahmen aushandeln solle. Da es in der Mediation zu keinem zufriedenstellenden Lösungsvorschlag kam und es keine Möglichkeit gibt, das Land zu ersetzen, lehnen die Rentierzüchtergruppen die Pläne von Nussir ASA weiterhin ab.³³



Die geplante Mine könnte die Rentierzucht gefährden - so die Angst der betroffenen Sami-Züchter.

31 <https://lovdata.no/dokument/NL/lov/2009-06-19-101>

32 Zitat aus Interview mit Øystein Rushfeldt 2. Dezember 2014 in: Brigit Dale, Ingrid Bay-Larsen, Berit Skorstad (Hrsg.): The Will to Drill – Mining in Arctic Communities: The Nussir Case and the Battle for Legitimacy: Scientific Assessment, Defining Power and Political Contestation, S. 153

33 Naturvernforbundet: Schützt Nussir vor Nussir!, S. 2

Konsultationstreffen mit Sami, Gemeinde und dem Handels-, Industrie- und Fischereiministerium

Die betroffenen Sami wehren sich seit 2008 auf allen Ebenen gegen das Projekt. Die Gemeinde Kvalsund wurde fast von Anfang an mit in die Projektplanung miteinbezogen. In der Gemeinde Kvalsund sind die Meer-Sami³⁴ auch in der Verwaltung vertreten, hingegen vertritt niemand die Interessen von Rentierzüchtergruppen. Die Rentierzüchter werden in Kvalsund als Gäste verstanden, weil sie im Winter weiter südlich in Guovdageaidnu (Kautokeino) im Inland leben.³⁵ Für sie gab es keine Möglichkeit, sich auf Gemeindeebene offiziell einzubringen, obwohl sich die Rentierzüchter und ihre Rentiere jährlich für etwa fünf Monate im Gebiet Kvalsund aufhalten.

Auf Ministeriumsebene wurden die Rentierzüchter etwas ernster genommen, als es um die Erteilung der Lizenz ging. Das Handels-, Industrie- und Fischereiministerium führte mit den betroffenen Rentierzüchtergruppen vor der Erteilung der Betriebslizenz zwei Sitzungen durch, an denen das Sami-Parlament als Beobachter teilnahm. Jedoch wurde den betroffenen Sami im Vorfeld keine Dokumentation übermittelt. Sie wurden lediglich an den beiden Sitzungen ad hoc über die Entwicklungen informiert, somit wurde ihr Recht auf frühzeitige und ausreichende Information über das Projekt missachtet.

Ein weiteres Treffen fand am 30. November 2018 statt. Es gab für die Rentierzüchtergruppe Fiettar jedoch keine Möglichkeit, die Pläne tatsächlich zu beeinflussen, stattdessen wurden sie lediglich etwas früher als die breite Öffentlichkeit über das geplante Vorhaben informiert. In diesem Sinne war das Konsultationsverfahren äusserst mangelhaft. Aus Sicht der betroffenen Sami fand kein Dialog auf Augenhöhe statt. Die norwegischen Behörden und Nussir ASA waren nicht bereit, eine Lösung nach Treu und Glauben anzustreben. Die Treffen hatten lediglich das Ziel, über das Projekt zu informieren, wobei die betroffenen Sami nicht die Möglichkeit erhielten, die Informationen frühzeitig einzusehen. Von Seiten der betroffenen Sami-Gemeinschaften gab es kein Einverständnis, dieses Projekt durchzuführen.

Weitere Kritikpunkte der Sami gegenüber dem Ministerium liegen in der Tatsache, dass das Ministerium von der Annahme ausgeht, dass die Rentierzucht vom Projekt nur gering belastet wird, jedoch keine Prüfung der kumulativen Belastungen für die Rentierzucht im Gebiet vorgenommen wurde.³⁶

Juristische Klagen seitens der Sami

Die Rentierzüchter des Distrikts 22 Fiettar haben gegen den Entscheid des Handels- und Fischereiministeriums am 2. März 2019 Klage eingereicht. Ebenso haben der norwegische Naturvernforbundet (Friends of the Earth Norway) und das Sami-Parlament die Betriebslizenz juristisch angefochten.

Das Sami-Parlament führt in seiner Klage an, dass die Lizenzerteilung des Handels-, Industrie- und Fischereiministeriums für den Betrieb von Minen in Nussir und Gumppenjunni Art. 17 des Mineralgesetzes (Mineralloven) verletzt. Die Untersuchungen vor der Lizenzerteilung hätten die Kultur der Sami, ihre Rentierzucht, ihre Handelstätigkeit und die Gemeinschaft nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl dies eine Bedingung gewesen wäre (alle Stakeholder müssen konsultiert werden) und die Kultur und Lebensweise der Sami auf nationaler und internationaler Ebene geschützt sind. Auch sei nicht untersucht worden, ob sich der Betrieb dieser Minen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene lohne. Ebenso kritisiert das Sami-Parlament, dass ein Viertel der tatsächlichen Investoren unbekannt sind. Zudem seien die betroffenen Sami, insbesondere die Rentierzüchter von den Distrikten 20 und 22, nicht genügend konsultiert worden. In der Erteilung der Betriebslizenz sieht das Sami-Parlament die Land- und kulturellen Rechte der Sami verletzt.

³⁴ Die Meer-Sami oder Küsten-Sami sind eine spezifische Sami-Gruppe, die von der Fischerei und an der norwegischen Küste lebt

³⁵ Anders Vieth Rør: Mining or traditional use? Conflicts in the Northern Norwegian copper frontier, 2018, S. 90

³⁶ Klage der Fiettar Rentierzüchtergruppe gegen die Lizenzerteilung an Nussir ASA durch das norwegische Handels- und Fischereiministeriums, S. 2

Fazit

Es ist unklar, ob sich die wirtschaftliche Situation in Kvalsund mit dem Projekt Nussir tatsächlich längerfristig verbessern wird. Frühere Minenprojekte sind nach wenigen Jahren Bankrott gegangen, zurück blieb die Umweltzerstörung. Selbst wenn das Projekt rentabel würde, drohen dabei aus Sicht von Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen die Rechte der Sami systematisch missachtet, eine intakte Umwelt zerstört und ein Fjord vergiftet zu werden. Ein funktionierendes Nebeneinander von Wirtschaftsprojekten und Indigenen ist möglich, wenn die Bedenken und die Kultur der Betroffenen von Anfang an ernst genommen werden. In diesem Sinne trägt die CS als Verwalterin eines der grössten Aktienpakete aus Sicht der Gesellschaft für bedrohte Völker und der betroffenen Sami-Gemeinschaft eine Verantwortung. Die CS soll von der Verwaltung von Aktiengeschäften absehen, welche den FPIC nicht gebührend respektieren und die Umwelt derart beeinträchtigen – dies fordern die GfbV und die Sami-Gemeinschaften.

Forderungen der GfbV und der betroffenen Sami-Gemeinschaften

Die GfbV und die betroffenen Sami-Gemeinschaften fordern von den beteiligten Akteuren, sich bei sämtlichen künftigen Investitionsprojekten dem «Free, Prior and Informed Consent» (FPIC) zu verpflichten, sobald die Rechte von indigenen Gemeinschaften betroffen sind, damit ihre Mitsprache sichergestellt ist.

An den norwegischen Staat:

- Die Rechte der Sami müssen in der Realisierung aller Projekte, welche die Lebensweise von Sami-Gemeinschaften betreffen, anerkannt werden. Dies bedeutet, dass zwingend eine Einigung über die Landnutzungsrechte erfolgt und eine angemessene Entschädigung und Gewinnbeteiligung ausgehandelt wird.
- Die Gesetzgebung in Norwegen ist so anzupassen, dass der Bau und der Betrieb von umweltschädlichen Meerdeponien umgehend verboten wird.

An Nussir ASA:

- Nussir ASA soll das Projekt sistieren, bis eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami gefunden worden ist.
- Auf den Bau und den Betrieb von umweltschädlichen Meerdeponien soll Nussir umgehend verzichten. Nussir soll die Investoren offenlegen und in ihrem öffentlichen Berichtsverfahren transparent über deren tatsächliche Beteiligungen informieren.

An die Credit Suisse:

- Die CS soll auf ihre Funktion als Nominee Shareholder im Fall Nussir ASA verzichten, solange es keine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami gibt.
- Die CS soll Transparenz schaffen und die Identität der Kunden offenlegen, die Aktien an Nussir ASA halten.
- Die Credit Suisse soll generell gegenüber Kunden in allen Geschäftsbereichen ihren Einfluss geltend machen, wenn die Rechte indigener Gemeinschaften verletzt werden könnten und die Umwelt durch ein Projekt geschädigt wird. Sie soll von weiteren Aktivitäten absehen, wenn keine massgeblichen Verbesserungen erreicht werden.

Impressum

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Birkenweg 61, CH-3013 Bern

Tel.: +41 (0) 31 939 00 00

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Fotos: Lea Ackermann, GfbV

Ausgabe: August 2019

Mit der GfbV für Menschenrechte

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat sowohl beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO als auch beim Europarat.



Werden Sie Aktiv – Unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nur mit Ihrer Unterstützung möglich. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in der ganzen Welt.

Melden Sie sich an unter: www.gfbv.ch/aktiv-helfen

Herzlichen Dank!

